

**47. Konferenz
der Regierungschefs der
Arbeitsgemeinschaft Alpenländer
am 30. Juni 2016
in Bezau**

Ergebnisprotokoll

1. Begrüßung

Landeshauptmann Wallner eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Beilage 1) zur 47. Regierungschefkonferenz der Arge Alp.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

3. Genehmigung des Protokolls der 46. Regierungschefkonferenz vom 26. Juni 2015 in Lugano

Das Protokoll der 46. Regierungschefkonferenz vom 26. Juni 2015 in Lugano wird einstimmig angenommen.

4. Genehmigung neuer Projekte

Die folgenden neuen Projekte werden von den jeweils federführenden Ländern gemäß den auf der Arge Alp-Homepage enthaltenen Dokumente referiert und einstimmig genehmigt:

- a. **Arge Alp Sport 2018-2022 (Graubünden)**
- b. **Archives Online (Vorarlberg)**
- c. **Europäische Talent Akademie Lindau 2017 (Bayern)**
- d. **Der Einfluss von Gletscher-Randklüften auf Felsstürze (Salzburg)**

5. Arge Alp Schirmherrschaften

Vorarlberg erläutert die Vorgehensweise zur Vergabe von Schirmherrschaften und die Richtlinien hinsichtlich der organisatorischen Abwicklung. Der Beschlussvorschlag wird einstimmig genehmigt.

6. Laufende Projekte

Die Zwischen- bzw. Abschlussberichte zu folgenden Projekten werden einstimmig zur Kenntnis genommen:

- a. Arge Alp Sport 2012 – 2017 (Graubünden)
- b. Einfluss von Permafrost auf Berg- und Felsstürze (Graubünden)
- c. Xchange (Vorarlberg)
- d. Gemeinsame Maßnahmen zur Förderung des Fahrradtourismus (Trient)
- e. Best Practices in alpinen Schigebieten (Trient)
- f. Fundus Agri-Cultura Alpina – Altes Wissen erhalten und nutzen (St. Gallen)
- g. Europäische Talentakademie Lindau 2015 (Bayern)
- h. Spielregeln im Spannungsfeld Wald-Wild-Lebensraum (Tirol)

- i. Vernetzung regionaler bzw. kommunaler Bildungsnetzwerke: Talente fördern (Vorarlberg)
- j. Energieeffizienz und Klimaschutz im Alpenraum. Umsetzung und Akzeptanz im Spannungsfeld von Überzeugung und ordnungspolitischer Vorgabe (Südtirol)
- k. Ein Buch für EUSALP (Trient)
- l. Fachliches Austauschprogramm für Archivare (Bayern)
- m. Hydrogeologische Risiken im Alpen- und Voralpenraum: Vorhersage, Prävention und Ereignismanagement (Tessin)
- n. EVADAR – Gefahrenlagen, die in schwer zugänglichen Risikogebieten mit Hilfe von Drohnen bewältigt werden (Lombardei)
- o. Soziologische und didaktische Nutzung und Aufwertung von Projekten im Bereich Renaturierung von Flüssen, Fließgewässern und Seeufern im Alpenraum (Tessin)

7. Finanzvorschau 2017

Die Geschäftsstelle führt aus, dass sich 2017 die Einnahmen von insgesamt Euro 620.000 aus den jährlichen Beiträgen der Mitgliedsländer in Höhe von Euro 500.000 und den aufgrund nicht getätigter Ausgaben gebildeten Rücklagen von Euro 120.000 zusammensetzen. Somit können alle für 2017 geplanten Ausgaben in Höhe von Euro 620.000 gedeckt werden.

Die Finanzvorschau wird wie vom Leitungsausschuss vorgelegt einstimmig angenommen.

8. Künftige mittelfristige strategische Ausrichtung der Arge Alp, Leitthemen und weiterer Prozess

Vorarlberg präsentiert die bisherigen Beratungsergebnisse zur zukünftigen strategischen Ausrichtung der Arge Alp samt Hintergründen, Status quo und geplantem weiteren Vorgehen.

Die Regierungschefkonferenz befürwortet einstimmig die Grundsätze für die neue Strategie und die damit verbundene Schwerpunktsetzung, insbesondere nach dem erfolgreichen Bemühen der Arge Alp um die Verabschiedung der Makroregionalen Strategie für den Alpenraum (EUSALP). Die im vorgelegten Bericht angeführten Leitthemen - Klimawandel, Migration/Integration und Mobilität/Konnektivität - werden begrüßt. Es herrscht Konsens hinsichtlich der Position der Arge Alp als stabiles Element und starker Partner in allen alpenspezifischen Angelegenheiten. Insbesondere wird hervorgehoben, dass die Arge Alp zukünftig auch bei divergierenden Positionen öffentlichkeitswirksam politisch agieren, ihr Profil schärfen und ein starkes Lobbying für den Alpenraum betreiben muss.

Festgehalten wird, dass die genannten Leitthemen um die Themenfelder Sicherheit und Jugend ergänzt, beim Themenfeld Energie die Wasserkraft explizit genannt und diese jedenfalls vom Leitungsausschuss im Rahmen der mittelfristigen strategischen Ausrichtung der Arge Alp bearbeitet werden sollen.

Der vorgelegte Bericht wird von der Regierungschefkonferenz einstimmig zur Kenntnis genommen und der Leitungsausschuss mit der Vertiefung der Grundsätze und der ergänzten Leitthemen beauftragt, sodass im Rahmen der Regierungschefkonferenz 2017 ein Strategiedokument mit konkreten Umsetzungsvorschlägen präsentiert werden kann.

9. Resolution „Die Herausforderungen der Flüchtlingskrise im Alpenraum bewältigen“ (Beilage 2)

Vorarlberg erläutert den Inhalt der Resolution und streicht die Schwerpunkte hervor.

Tirol stellt fest, dass die Resolution sehr ausgewogen und umfassend ist, um eine klare Positionierung auf europäischer Ebene einnehmen zu können. Neben den Kriegsflüchtlingen suchen rund 3,5 Mio. Menschen in Afrika als Wirtschaftsflüchtlinge ein besseres Leben in Europa. Deshalb müssen die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit erhöht werden und Abkommen für die Sicherstellung einer Rücknahme getroffen werden. Weiters ist eine zivil - militärische Mission an der Grenze zu Afrika unabdingbar, um eine geordnete Registrierung und anschließend gerechte Aufteilung der Kriegsflüchtlinge in Europa zu gewährleisten. Tirol, Südtirol und das Trentino setzen sich in Rom gemeinsam dafür ein, dass die Außengrenze im Süden gesichert und Italien in dieser schwierigen Situation von Europa unterstützt wird. Auch am Brenner mussten Vorbereitungen für den Fall einer großen Flüchtlingswelle getroffen werden.

Bayern führt aus, dass man durch die 1,1 Mio. Flüchtlinge, die nach Deutschland gekommen sind, massiv betroffen ist, und stellt fest, dass die Grenzkontrollen bei einer weiteren Welle fortgeführt werden müssen. Die Bekämpfung der Fluchtursachen muss als gesamteuropäisches Thema vorangetrieben werden.

Tessin weist darauf hin, dass sich verschiedene Aspekte im Flüchtlingsgeschehen laufend ändern, weshalb sich die Migrationspolitik entsprechend anpassen soll. Insbesondere erfordern minderjährige, unbegleitete Personen ein spezielles Vorgehen. Am Arbeitsmarkt ergibt sich aufgrund der unterschiedlichen Ausbildung der Flüchtlinge und der sprachlichen Barrieren eine schwierige Situation. Ein großes Problem stellen nicht registrierte illegale Flüchtlinge dar.

Südtirol begrüßt die Bemühungen hinsichtlich der Intensivierung der Entwicklungszusammenarbeit, sieht jedoch Europa insgesamt in dieser Frage in Verzug.

Vorarlberg unterstreicht, dass im Sinne einer Gesamtverantwortung die Hilfe vor Ort betont werden muss, und bedauert, dass Europa diesbezüglich nicht bereits früher aktiv geworden ist.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

10. Resolution „Beschäftigung im Alpenraum: mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen“ (Beilage 3)

Die Lombardei weist auf die Gefahr der Marginalisierung der Alpenbewohner durch die fortschreitende Urbanisierung im Alpenraum hin.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

11. Resolution „Zukunftsorientierte Klimaschutzpolitik für den Alpenraum“ (Beilage 4)

Die Alpenkonvention hält fest, dass der Alpenraum eine Modellregion für Energieeffizienz und erneuerbare Energien werden soll. Diesbezüglich kann auf einige von der Alpenkonvention geleistete Vorarbeiten und dargestellte Beispiele zurückgegriffen werden.

Tessin beantragt aufgrund der enormen Wichtigkeit sowie der derzeitigen wirtschaftlichen Probleme der Wasserkraft, diese in der Resolution besonders hervorzuheben.

Die Resolution wird einstimmig mit der Maßgabe angenommen, dass unter den im Alpenraum in hohem Ausmaß verfügbaren erneuerbaren Energieträger die Wasserkraft besonders hervorzuheben ist.

12. Ergebnisse der UN-Klimakonferenz von Paris und ihre Bedeutung für die Arge Alp: Austausch mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft DI Andrä Rupprechter

Bundesminister Rupprechter sieht im Klimawandel die globale Herausforderung des Jahrhunderts. Der Alpenraum ist durch die gravierenden Folgen insbesondere in der Landwirtschaft sehr betroffen. Mit dem Abkommen von Paris wurden die weltweite Energiewende, der vollständige Ausstieg aus fossilen Energieträgern und der Umstieg auf Erneuerbare Energieträger in den nächsten 30 bis 50 Jahren vereinbart. Entscheidend ist nun die Umsetzung. Auf EU-Ebene wurden dazu die 2030 Ziele definiert. Diese Wende ist nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Chance, sie trägt nicht zuletzt zum Wachstum der Wirtschaft und zu mehr Beschäftigung bei.

Tirol merkt an, dass alle einen Beitrag zur Energiewende zu leisten haben. Ein klares Bekenntnis gegen die Atomkraft und gegen den Bau von Kohlekraftwerken ist unerlässlich. Die Förderung von Pumpspeicherkraftwerken zur Erzeugung von Spitzenstrom ist hingegen zu forcieren.

Graubünden bedauert, dass auf internationaler Ebene die Wasserkraft bei Subventionen im Verhältnis zu anderen erneuerbaren Energien zunehmend ins Hintertreffen gerät. Der Bau von Pumpspeicherkraftwerken ist jedoch voranzutreiben, auch wenn derzeit die Wasserkraft immer mehr unter einen Preisdruck kommt, der einzelne Unternehmen sogar zu ruinieren droht.

Vorarlberg weist besonders darauf hin, dass das Thema energieeffiziente Produktion nicht vernachlässigt werden darf. Energiewende und Klimaschutz können nur gemeinsam mit der Wirtschaft realisiert werden.

Bundesminister Rupprechter führt aus, dass derzeit noch gegenteilige Entwicklungen stattfinden, als sie für eine zweckmäßige Energiepolitik notwendig wäre. Es ist daher wichtig, dass das Pariser Weltklimaabkommen, in dem die Staatengemeinschaft den Weg zu einer CO₂-neutralen Wirtschaft und Gesellschaft aufzeigt, breite Zustimmung findet und eine wirkliche Energiewende einleiten kann. Jetzt muss das Abkommen mit Leben erfüllt werden. Hinsichtlich der Vermeidung von Kohlekraftwerken würde die Besteuerung von CO₂ einen wesentlichen Beitrag leisten und diese nicht mehr wettbewerbsfähig machen. Österreich arbeitet derzeit gerade an einer neuen integrierten Klima- und Energiestrategie mit konkreten Maßnahmen auch zur Steuerpolitik bis 2030 und langfristig bis 2050.

Im Verkehrsbereich wird vermehrt auf E-Mobilität gesetzt und der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur vorangetrieben, um der Belastung durch Dieselfahrzeuge zu begegnen. Weiters gilt es, den Verkehr vermehrt auf die Schiene zu verlagern und in den öffentlichen Verkehr zu investieren. Im Bereich der integrierten Klima- und Energiepolitik ist die Beteiligung der Regionen am „Stakeholder-Prozess“ unumgänglich.

Während das Kyoto-Protokoll nur eine einseitige Verpflichtung der EU Mitgliedsstaaten enthält, sind beim neuen Pariser Abkommen auch die Hauptemittenten USA und China mit im Boot, was wiederum bei der Standortfrage eine entscheidende Rolle spielt. Zu betonen ist, dass Investitionen in den Klimaschutz und Wirtschaftswachstum nebeneinander bestehen können. Bundesminister Rupprechter hat daher im EU-Umweltrat den Vorschlag für einen im EU-Recht verankerten Energiewendevertrag betreffend den Ausbau erneuerbarer Energien sowie Energieeffizienz und Energiesparen eingebracht.

13. Allfälliges

Landeshauptmann Wallner dankt für die engagierten Beiträge der Sitzungsteilnehmer und die gute Vorbereitung der Konferenz.

Bayern bedankt sich im Namen aller für die große Gastfreundschaft und die ausgezeichnete Organisation der Tagung.

Während seines Vorsitzjahres wird Bayern die Strategie für die Arge Alp fortschreiben und aufgrund des zeitgleichen Vorsitzes bei der EUSALP versuchen, entsprechende Synergieeffekte zu erzielen. Der Arge Alp Preis 2017 wird sich mit dem Thema Integration befassen.

Die nächste Regierungschefkonferenz wird am 29./30.06.2017 im schwäbischen Lautrach stattfinden.

ELENCO PARTECIPANTI / TEILNEHMERLISTE

Stato Libero di Baviera Freistaat Bayern	Staatsministerin Dr. Beate Merk Klaus Ulrich Christina Schultz
Cantone dei Grigioni Kanton Graubünden	Vizepräsidentin lic. iur. Barbara Janom Steiner Claudio Riesen Curdin König
Regione Lombardia Region Lombardei	Assessore dott. Francesca Brianza Maria-Luisa Scalise Paolo Sabbadini Marco Bordonaro
Land Salisburgo Land Salzburg	Landesamtsdirektor DDr. Sebastian Huber
Canton San Gallo Kanton St. Gallen	Regierungsrat lic. oec. Marc Mächler Canisius Braun Sarah Hauser
Provincia autonoma di Bolzano–Alto Adige Autonome Provinz Bozen–Südtirol	Landesrat Dr. Richard Theiner Klaus Luther
Canton Ticino Kanton Tessin	Regierungspräsident Ing. Paolo Beltraminelli Giampiero Gianella Karyn Giovannini Francesco Quattrini Giosia Bullo
Land Tirol Land Tirol	Landeshauptmann Günther Platter Marina Schett Andreas Greiter
Provincia autonoma di Trento Autonome Provinz Trient	Assessore dott. Mauro Gilmozzi Fabio Scalet Marilena Defrancesco
Land Vorarlberg	Landeshauptmann Mag. Markus Wallner Günther Eberle Martina Büchel-Germann Sabrina Swaidan Peter Marte
Segreteria Arge Alp Arge Alp–Geschäftsstelle	Dr. Fritz Staudigl Dr. Cornelia Heis

**Convenzione delle Alpi
Alpenkonvention**

Dr. Wolfer Mayrhofer

Resolution „Die Herausforderungen der Flüchtlingskrise im Alpenraum bewältigen“

Europa steht vor einer schwierigen Aufgabe: seit Ende des zweiten Weltkriegs waren nicht mehr so viele Menschen auf der Flucht vor Kriegen oder anderen Situationen schwerer Not. Trotz zeitweilig rückläufigem Ankunfts-geschehens, sind gegenwärtig die Asylsysteme der betroffenen europäischen Staaten einem starken Druck ausgesetzt. Die Dimension der zu bewältigenden Herausforderungen kann daher nur von allen europäischen Staaten gemeinsam und in solidarischer Zusammenarbeit gemeistert werden.

Die Aufnahme von Flüchtlingen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention bzw. subsidiär Schutzberechtigten findet in Wahrnehmung humanitärer Verpflichtungen statt. Im Interesse einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Flüchtlingspolitik muss dabei auf die Leistungs- bzw. Aufnahme- und Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft Rücksicht genommen werden. Gleichzeitig hat jeder Staat auch das Recht bzw. sicherheitspolitisch die Pflicht zu wissen, wer sich in seinem Staatsgebiet aufhält. Daher sind gemeinsame Anstrengungen notwendig, die unkontrollierten Flüchtlingsbewegungen in den Arge Alp-Raum wirkungsvoll zu steuern und zu begrenzen. Die Arge Alp fordert die Europäische Union dringend auf, dafür eine nachhaltige Strategie und ein Bündel an effektiven Maßnahmen zu entwickeln und durchzusetzen. Dazu gehört u.a. die effektive Sicherung der EU-Außengrenze (einschließlich der Kooperation mit verlässlichen Drittstaaten) in Verbindung mit der Einrichtung von Registrierungszentren (Hot spots), gegebenenfalls auch bereits in den Herkunftsregionen der Flüchtlinge oder in außereuropäischen Transitstaaten. Schon an den Außengrenzen muss eine genaue Erhebung der Daten stattfinden und sichergestellt werden, dass nur Menschen mit Bleibeperspektive oder gültigem Aufenthaltstitel nach Europa kommen.

Die Überwindung von Grenzen im Alpenraum, die Vertiefung der grenzüberschreitenden Beziehungen ist eine Kernaufgabe der Arge Alp. Die Regierungschefs würdigen deshalb den Schengen-Raum als eine wichtige Errungenschaft der EU. Die Arge Alp stellt umso mehr mit Bedauern fest, dass ein effektiver Außengrenzschutz weiterhin Not leidet und deshalb in einigen EU-Mitgliedstaaten Binnengrenzkontrollen notwendig sind. Die Arge Alp zeigt grundsätzlich Verständnis dafür, dass in der derzeitigen Situation abgestimmte Grenzraumkonzepte zur gemeinschaftlichen Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen in den Alpenregionen umgesetzt werden. Die Arge Alp-Länder und –Kantone erwarten aber, dass die unmittelbar betroffenen Regionen in die Abstimmungsprozesse für die Grenzraumkonzepte einbezogen werden.

Zur Bewältigung der Aufgaben sind solidarische Lösungen erforderlich. Die Konzentration großer Fluchtbewegungen auf einige wenige europäische Staaten stellt diese in jeder Hinsicht vor große Belastungen. Alle müssen daher gemeinsam die Anstrengungen zur

Bewältigung der Flüchtlingskrise fair und ausgewogen mittragen. Die Arge Alp fordert ein auf Dauer angelegtes System, das es ermöglicht, im Bedarfsfall die Verantwortung für die zahlreichen Flüchtlinge solidarisch unter den Staaten aufzuteilen. Maßgebliche Parameter für die Verteilung auf die einzelnen EU-Staaten könnten etwa die jeweilige Bevölkerungsgröße und Wirtschaftskraft eines Staates sein, ebenso wie die bisherige Aufnahmeleistung.

Die Asylverfahren müssen beschleunigt werden. Für diejenigen, die die Voraussetzungen für eine Anerkennung als Flüchtling nicht erfüllen, sind rasche Rückführungen vorzusehen. Insbesondere ist aber mit Blick auf die anerkannten Flüchtlinge die Integration unverzichtbarer Bestandteil des Zuwanderungsprozesses. Ziel der Integration ist die gleichberechtigte Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen, sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Leben der Aufnahmegesellschaft. Sie setzt Anerkennung der Gesetze und der lokalen Gepflogenheiten, Sprachkompetenz sowie die Bereitschaft zur Arbeit voraus – Integrationsleistungen, die die Arge Alp-Länder und –Kantone von den Migrantinnen und Migranten verlangen und sie mit Integrationsangeboten dabei unterstützen. Es gilt der Grundsatz des Förderns und Forderns.

Der Integrationsprozess von anerkannten Flüchtlingen erfolgt durch das Erlernen der Landessprache, die Unterbringung sowie die Arbeitsmarktintegration zur Sicherung des Lebensunterhalts. Begleitend sind Maßnahmen zur Orientierung im neuen Land, (Aus)bildung und Qualifizierung sowie soziale Integration erforderlich. Der Schlüssel für ein friedliches Miteinander über kulturelle Grenzen hinweg liegt im gegenseitigen Verständnis und Respekt. Wesentliche Integrationsvoraussetzung ist deshalb die Akzeptanz der Grundregeln des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft und unserer Grundwerte wie Demokratie, Gewaltverbot, Vorrang staatlicher Gesetze vor der Religion, Recht auf Selbstbestimmung, Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie die allgemeine Schulpflicht.

Damit Integrationspolitik erfolgreich ist, sind u.a. im Sinn der Multi-Level-Governance zwischen den verschiedenen zuständigen Ebenen – je nach staatlicher Kompetenzlage können dies Nationalstaat, Land bzw. Kanton, Kommune und EU sein – flächendeckende und aufeinander abgestimmte Integrationsmaßnahmen erforderlich. Darauf sollten alle Ebenen einen besonderen Fokus richten und, wo noch erforderlich, die zentralen bzw. nationalen Stellen ihren Integrationsstrategien und -konzepten ein mit der regionalen Ebene abgestimmtes Gesamtkonzept zugrunde legen.

Um Flüchtlingsbewegungen zu verhindern, ist den Fluchtursachen vorzubeugen. Auf internationaler Ebene sind gezielte Maßnahmen erforderlich, die bewaffneten Konflikten und politischer Verfolgung in den Herkunftsländern ein Ende setzen. Darüber hinaus müssen die in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Organisationen unterstützt werden, die in den Herkunftsländern zur Verbesserung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beitragen können. Hier sehen sich auch die Arge Alp-Länder und -Kantone in der Pflicht, in ihrer Entwicklungszusammenarbeit entsprechende Schwerpunkte zu setzen.

Resolution „Beschäftigung im Alpenraum: mehr und bessere Arbeitsplätze schaffen“

Der Alpenraum ist ein wirtschaftlich dynamischer Raum. Die Wirtschaft besticht durch ausgeprägte Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsbereitschaft. Globalisierung und Vernetzung bringen aber auch hier neue Herausforderungen. Der Sicherung der wirtschaftlichen Stärke und des zukunftsverträglichen sowie ressourcenschonenden Wachstums kommt daher besondere Bedeutung zu. Optimale wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen müssen geschaffen und Wachstumshindernisse abgebaut werden. Nur eine leistungs- und wettbewerbsfähige sowie nachhaltige Wirtschaft ist Garant für soziale Sicherheit, Beschäftigung und Wohlstand.

Vor allem die kleinen und mittleren bzw. mittelständischen Unternehmen in ihrer Branchenvielfalt sind das Rückgrat der Wirtschaft der Arge Alp-Regionen. Dort entstehen mehr als 85% aller neuen Arbeitsplätze. Die Unternehmen müssen von übermäßigem Verwaltungsaufwand entlastet werden. Die Arge Alp-Regierungschefs bekennen sich dazu, überbordender Bürokratie in ihrem Kompetenzbereich entgegen zu wirken. Gleichzeitig fordern sie die europäische und nationale Ebene dazu auf, bestehende rechtliche Vorschriften soweit wie möglich zu vereinfachen und neue Rechtsvorschriften so zu gestalten, dass ein möglichst geringer Verwaltungsaufwand entsteht. In diesem Zusammenhang positiv hervorzuheben ist das neu gestartete REFIT-Programm der Europäischen Kommission, dem allerdings konkrete Umsetzungsmaßnahmen folgen müssen. So sind aus Sicht der Arge Alp-Regierungschefs insbesondere die EU-Regionalpolitik und die EU-Forschungsförderung dringend zu vereinfachen, im Speziellen zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen.

Wichtige Wirtschaftsimpulse für die Arge Alp-Regionen liefert die Exporttätigkeit der regionalen Unternehmen. Sie sehen sich einem zunehmend globalisierten, innovationsgetriebenen und dynamischem Markt gegenüber, wo Wachstumspotenziale insbesondere durch die weitere Steigerung der Technologie- und Innovationsorientierung generiert werden können. Wichtige Wachstumspotenziale liefern auch Forschungsinfrastrukturen. Diese Faktoren gilt es daher gezielt zu fördern, u.a. durch die Forcierung des grenzüberschreitenden Technologie- und Wissenstransfers. Die Arge Alp will grenzüberschreitende Bildungs- und Forschungsk Kooperationen unterstützen und vorantreiben. Die Arge Alp-Regierungschefs fordern die nationale und EU-Ebene auf, den Auf- und Ausbau tragfähiger Forschungsk Kooperationen und -infrastrukturen auch im Alpenraum zu unterstützen und substantielle öffentliche Mittel für die Forschung und Entwicklung in Unternehmen und der Wissenschaft im Alpenraum zur Verfügung zu stellen. Dazu sollen insbesondere auch die Interreg-Programme der EU genutzt werden.

Weiterer wesentlicher Eckpfeiler der Wettbewerbsfähigkeit des Alpenraums sind Unternehmensgründungen und das Wachstum junger Unternehmen. Adäquate und wettbewerbsfähige rechtliche Rahmenbedingungen sind dafür unerlässlich. Insbesondere

die Startup-Finanzierung stellt junge Unternehmen immer wieder vor große Herausforderungen. Angesichts der vermehrten Inanspruchnahme neuer Finanzierungsformen, die jungen Unternehmen den Marktzugang erleichtern - wie beispielsweise Crowdfunding - und in Anbetracht des Potenzials neuer Finanzierungsformen für Wachstum und Innovation, fordern die Regierungschefs der Arge Alp die Europäische Kommission auf, einen europäischen Rechtsrahmen für solche neuen Finanzierungsformen vorzuschlagen.

Eine wettbewerbsfähige Wirtschaft schafft und sichert Arbeitsplätze. Gleichzeitig wird ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Arbeitskräften unter den sich verändernden demografischen Rahmenbedingungen zu einem strategischen Standortfaktor. Gute Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten spielen somit eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung der Alpenregionen. Die Arge Alp-Regierungschefs sind der Ansicht, dass Spielräume für Bildungsinitiativen sowohl auf regionaler wie auch auf schulischer Ebene ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Qualität der Aus- und Weiterbildung sind und fordern diese gegenüber ihren nationalen Stellen ein. Die Arge Alp selbst setzt mit dem Lehrlingsaustauschprojekt Xchange einen wichtigen Impuls für die Steigerung der Attraktivität und Qualität der dualen bzw. Lehrlingsausbildung, einem für die Wettbewerbsfähigkeit der Arge Alp-Regionen wesentlichen Baustein im Rahmen der Fachkräftesicherung.

Nicht nur die Lebens-, auch die Standortqualität hängt wesentlich von der Erreichbarkeit ab. Regionaler öffentlicher Personennahverkehr (Bus und Bahn) und eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur sichern die Attraktivität der Arge Alp-Regionen. Deshalb fordert die Arge Alp von der EU- und nationalen Ebene mit Nachdruck insbesondere die Optimierung der grenzüberschreitenden Schienenverkehrsinfrastruktur und die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Breitbandtechnologie im Alpenraum ein.

Resolution „Zukunftsorientierte Klimaschutzpolitik für den Alpenraum“

Beim UN-Klimagipfel in Paris im Dezember 2015 haben 195 Staaten ein neues Abkommen im Rahmen des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) gegen die Erderwärmung beschlossen, das seit 22. April 2016 in New York zur Unterzeichnung aufgelegt ist. Die Staaten setzen sich mit dem Übereinkommen das Ziel, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter deutlich unter 2°C, bestmöglich auf 1,5°C zu beschränken.

Die Arge Alp begrüßt das UN-Klimaübereinkommen von Paris. Die Alpen als fragiles Ökosystem bekommen die Auswirkungen der Klimaveränderung überproportional zu spüren – der Alpenraum hat sich doppelt so stark erwärmt wie der globale Durchschnitt. Das Übereinkommen von Paris ist ein Meilenstein bei der Stärkung des gemeinsamen Handelns für eine klimaresiliente Gesellschaft, die nur geringe CO₂-Emissionen verursacht. Die Arge Alp ruft alle UNFCCC-Staaten auf, das Übereinkommen von Paris rasch zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Nur dadurch können die erforderliche Rechtssicherheit und die Grundlage für eine rasche und umfassende Umsetzung der in Paris vereinbarten Ziele sichergestellt werden.

Die Arge Alp nimmt allerdings mit Besorgnis zur Kenntnis, dass die von den UNFCCC-Staaten anlässlich des UN-Klimagipfels von Paris vorgelegten nationalen Klimaaktionspläne (INDC - Intended Nationally Determined Contributions) noch nicht ausreichen, um den Klimawandel deutlich unter 2°C zu begrenzen. Die Arge Alp plädiert daher dafür, dass die EU ihren Klimaschutz-Beitrag von mindestens 40% CO₂-Reduktion bis 2030 im Vergleich zu 1990 frühzeitig im Sinne der Pariser Klimakonferenz überprüft und weiter darauf hinarbeitet, dass das Ziel von 1,5 °C erreicht wird.

Die beiden wichtigsten Methoden, mit denen die Treibhausgasemissionen gesenkt werden können und gleichzeitig für Energieversorgungssicherheit und Unabhängigkeit bei der Energieversorgung gesorgt wird, sind die Förderung der Energieeffizienz und die Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen. Die Arge Alp fordert, auf Ebene der EU deutlich ambitioniertere als das bisherige Energieeffizienzziel bzw. das Ziel für erneuerbare Energien festzulegen. So sollen ein Ziel für eine Verbesserung der Energieeffizienz von mindestens 30% bis 2030 und ein Anteil erneuerbarer Energien in der Größenordnung von 40% bis 2030 festgelegt werden.

Entsprechend dem Pariser Klimaabkommen muss rasch mit der Erarbeitung nationaler Energie- und Klimapläne begonnen werden. Die Arge Alp fordert, dass diese im Einklang mit den Pariser Klimazielen ab 2050 zu Netto-Nullmissionen und einem umfassenden Ausstieg aus fossilen Energieträgern führen.

Als Ergänzung zu den nationalen Klima- und Energieplänen sieht die Arge Alp auch die Notwendigkeit einer verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit insbesondere im Alpenraum, zumal die Auswirkungen der Klimaveränderung nicht an den Landesgrenzen haltmachen und der Schutz des alpinen Raums eine alle Lebensbereiche betreffende Aufgabe aller Alpenregionen ist. Der Alpenraum soll eine Modellregion für Energieeffizienz und für erneuerbare Energien werden. Die Wärmedämmung der Gebäude im Arge Alp-Raum und die Effizienz der Wärmeverteilsysteme soll verbessert, Neubauten in Niedrigenergie-technologie ausgeführt und der Einsatz klimaverträglicher Heizsysteme gefördert werden. Um die Energie- und Klimaziele abgeleitet vom Pariser Abkommen zu erreichen, ist es notwendig, alle im Alpenraum in hohem Ausmaß verfügbaren erneuerbaren Energieträger, besonders die Wasserkraft, aber auch Sonne, Biomasse, Wind, natur- und landschaftsverträglich weiter auszubauen. Daneben gilt es auch, grenzüberschreitende Kooperationen im Bereich des öffentlichen Verkehrs zu verstärken, den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern und dafür zu sorgen, dass Tourismusdestinationen verstärkt auf klimafreundlichem Wege erreichbar sind.